

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler/Ueli Jaisli, SVP): Einmal mehr wurde das Polizei-Korps wegen Unfähigkeit seiner Führung zum „Prügelknaben“ degradiert!

Einmal mehr kam es am 6. Oktober 2007 in der Stadt Bern zu unnötigen und gewalttätigen Ausschreitungen von linken Extremisten! Was als friedliche Kundgebung der SVP beim Bärengraben startete, wurde zynischerweise in der Gerechtigkeitsgasse durch brennende Strassensperren und Gewalttaten gegen die Stadtpolizei und den Umzug gestoppt. Zeitgleich wurde auf dem Münsterplatz eine nicht bewilligte linke Veranstaltung geduldet, bei der eine Hetze gegen den Umzug der SVP betrieben wurde, welche durch ihre Redner und deren Äusserungen an die dreissiger Jahre erinnerte. Da die Einsatzleitung der Polizei mit der Gesamtsituation heillos überfordert war, wurden die Einsatzkräfte, welchen den Bundesplatz für die Schlusskundgebung der Schweizerischen Volkspartei sicherten, abgezogen und in die Gerechtigkeitsgasse abkommandiert, um die dort in Scharmützel mit den Chaoten verwickelten Polizeibeamten zu verstärken.

Damit war für die Linksextremisten der Weg zum Bundesplatz frei und sie schlugen, wie es von solch feigem Pack nicht anders zu erwarten war, alles kurz und klein. Es wurde alles und jeder angegriffen, ob beteiligt oder nicht. Das es nicht zu schweren Verletzungen oder noch schlimmerem kam, ist reines Glück.

Die Einsatzleitung hatte auch keine Ahnung, wie professionell die ganze Aktion geplant worden war. In der Herrengasse 4, in der Galerie eines Linksaktivisten war die Koordinationszentrale, welche regelmässige Informationen von ihren diversen Beobachtern in den Strassen und Plätzen, rund um das Geschehen erhielten und so ihre hinterlistigen Einsätze planen und umsetzen konnten. Die Polizei konnte wegen den gravierenden Fehlern ihrer Führung nicht mehr für die Sicherheit und Ordnung in der Stadt Bern garantieren!

Wie sich noch herausstellte, wurden nicht nur beim Einsatz grosse Fehler begangen, sondern schon in der Vorbereitung. Beispielsweise wurden nicht eine grosse Einheit von Mitgliedern des Polizeikonkordats als berechtigte Unterstützung aufgeboden, sondern, wie sich herausstellte ein viel zu kleines Aufgebot von Mitgliedern des Bernischen Polizeikorps.

In der Pressekonferenz versuchten der Gemeinderat und die Polizeiführung ihre krassen Fehler herunterzuspielen und hofften mit ihren zum Teil peinlichen Ausreden wieder Boden gut zu machen.

Aus den oben aufgezeigten Schilderungen, ergeben sich folgende Fragen an den Gemeinderat:

1. Wieso wurden nicht genug Mitglieder der Polizei am 6. Oktober 2007 aufgeboden?
2. Warum wurde das mögliche Aufgebot des Polizeikonkordates nicht ausgeschöpft?
3. Wieso wurde nicht an eine zusätzliche Sicherung des Bundesplatzes bei der Planung gedacht?
4. Wäre nicht schon die unbewilligte Demo auf dem Münsterplatz Grund genug für eine starke Polizeipräsenz gewesen?
5. Wie konnte es geschehen, dass der Bundesplatz ungesichert den linken Extremisten überlassen wurde?
6. Welche Abklärungen wurden im Vorfeld getroffen?

7. Wie konnte es geschehen, dass die Polizeiführung die Einsatzzentrale der links Extremisten nicht beachtete, obwohl es diverse Hinweise und Meldungen gab?
8. Wie erklären der Gemeinderat und die Führung der Polizei ihre schwache Leistung gegenüber den eingesetzten Polizeitruppen?
9. Wieso wurden Warnungen und Hinweise der Bundespolizei nicht beachtet?
10. Versteht der Gemeinderat und die Polizeiführung, wenn ihnen aus der Bevölkerung schwere Vorwürfe zu den Geschehnissen an diesem Samstag gemacht werden und ihnen Unfähigkeit vorgeworfen wird?
11. Welche Lehren ziehen der Gemeinderat und die Polizeiführung der Stadt Bern aus diesem schwachen Auftritt ihrerseits?

Bern, 18. Oktober 2007

Interpellation Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler Ueli Jaisli, SVP), Thomas Weil, Stefan Bärtschi, Simon Glauser, Rudolf Friedli, Erich J. Hess, Beat Schori, Manfred Blaser, Dieter Beyeler, Lydia Riesen-Welz

Antwort des Gemeinderats

Es ist die Aufgabe des Gemeinderats, sowohl die Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten als auch die Ausübung der demokratischen Rechte sicherzustellen. Leider ist dies am 6. Oktober 2007 nicht gelungen. Das bedauert der Gemeinderat zutiefst. Der Gemeinderat verurteilt die angewandte Gewalt aufs Schärfste. Der Gemeinderat erinnert daran, dass auch Grundrechte Schranken haben, die zu respektieren sind. Davon muss er ausgehen können, auch in Zukunft.

Der Gemeinderat liess die Ereignisse vom 6. Oktober 2007 durch einen unabhängigen Experten untersuchen. Er beauftragte Dr. Peter Schorer, Fürsprecher und früherer Polizeidirektor der Stadt St. Gallen, den von der Stadtpolizei verfassten Bericht zuhanden des Gemeinderats auf Vollständigkeit und Plausibilität zu überprüfen sowie ihm Empfehlungen zu unterbreiten. Zu seinem Auftrag gehörte zudem, die Rolle des Gemeinderats sowie des Direktors für Sicherheit, Umwelt und Energie zu klären. Der Bericht Schorer wurde der Öffentlichkeit am 19. Dezember 2007 vorgestellt. Der Polizeiexperte kam zum Schluss, dass die Einsatzleitung der Stadtpolizei die Lage zu optimistisch eingeschätzt habe und die Informationspraxis zu reaktiv gewesen sei. Weiter stellt der Experte fest, dass der Gemeinderat zu wenig Einfluss auf den Direktor für Sicherheit, Umwelt und Energie sowie auf die Stadtpolizei genommen habe. Der Gemeinderat akzeptiert die Kritik. Er lässt die Erkenntnisse aus dem Bericht Schorer in die laufenden Gespräche mit dem Kanton zu Police Bern einfließen. Ausserdem wurde den Empfehlungen bereits im Zusammenhang mit der spontanen Kundgebung zu den Bundesratswahlen im Dezember 2007 sowie der Anti-WEF-Kundgebungen im Januar 2008 Rechnung getragen.

Mit der Überführung der Stadtpolizei in die Kantonspolizei hat das System insofern geändert, als dass der Gemeinderat die politische Verantwortung für seine strategischen Entscheide nach wie vor trägt, während die Kantonspolizei für die operativen und taktischen Belange zuständig und verantwortlich ist.

Die in der Interpellation gestellten Fragen kann der Gemeinderat wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

Wie dem Bericht Schorer entnommen werden kann, standen 427 Polizeikräfte im Einsatz. Dieses Aufgebot entsprach der Lagebeurteilung und Einsatzplanung im Vorfeld der Ereignisse, welche in der üblichen, fachlich korrekten Art und Weise ablief. Gemäss vorliegender Nachrichtenlage musste mit Störungen der SVP-Veranstaltung gerechnet werden. Allerdings erbrachte die Nachrichtenbeschaffung nur dürftige Erkenntnisse über das zu erwartende Mass an Gewaltpotential und über die Art des Vorgehens gewaltbereiter Personen. Die Stadtpolizei berechnete den Kräfteansatz aufgrund der damals vorhandenen Angaben und plante wie stets Reserven mit ein. Aufgrund der dürftigen Nachrichtenlage entsprach die Berechnung des Bestands der Einsatzkräfte einer allzu zuversichtlichen Einschätzung der Lage.

Zu Frage 2:

Der in Frage 1 dargelegte Mitteleinsatz wurde wie auch die Frage des Beizugs einer Verstärkung aus dem Nordwestschweizer Polizeikonkordat (PKNW) mehrmals geprüft. Gestützt auf die Lagebeurteilung wurde entschieden, auf die Unterstützung des PKNW zu verzichten. Bei veränderter Lage hätte die Stadtpolizei auf diesen Entscheid zurückkommen können. Wie oben dargelegt hat die dürftige Nachrichtenlage zu keiner neuen Lagebeurteilung geführt. Die Stadtpolizei wurde dennoch verstärkt durch insgesamt 206 Mitarbeitende der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Biel, sowie durch je vier Nahschutzbeamte der Kantonspolizei Basel Stadt und der Kantonspolizei Aargau.

Zu Frage 3:

Der Bundesplatz stand als vorgesehener Kundgebungsplatz zunächst unter polizeilicher Bewachung. Aufgrund der eskalierenden Situation in der Unteren Altstadt und der konkreten Gefahr von Personenschäden entschied die Einsatzleitung, diese Bewachung zur Abwehr der erwähnten Gefahr abzuziehen. Diesen Entscheid bezeichnet der Bericht Schorer als vertretbar.

Zu Frage 4:

Die polizeiliche Planung berücksichtigte auch die angekündigte und unbewilligte Kundgebung auf dem Münsterplatz. Jedoch ging die Polizei grundsätzlich von einem friedlichen Anlass auf dem Münsterplatz aus.

Zu Frage 5:

Eine Gruppe von ungefähr 200 – 300 Gewalttätigen begaben sich in die Untere Altstadt, verummten sich, traten gruppenweise und nur für kurze Zeit in Erscheinung, gingen gezielt gegen die Einsatzkräfte vor, wichen aus, verschwanden einzeln in den Gassen und Häusern der Unteren Altstadt, wechselten rasch Kleidung und Ausrüstung, tarnten sich erneut und wiederholten ihre in örtlichen und zeitlicher Hinsicht überraschenden Angriffe. Sie hinterliessen zahlreiche Schadenplätze und waren durch polizeiliche Zugriffe kaum fassbar. Diese Massnahmen stellten die Einsatzleitung und die Einsatzkräfte vor grosse Probleme. Die zahlreichen Brennpunkte banden die Mittel der Einsatzkräfte, kurzfristig sogar über ihre Belastungsgrenze hinaus. Sie führten auch während ca. 30 Minuten zu einer Behinderung der Funkverbindungen zu den einzelnen Detachementen. Dies führte zwangsläufig zu Verspätungen von Standort- und Statusmeldungen und dadurch zu Beeinträchtigungen des Lagebilds bei der Einsatzleitung. Es kam zu Verzögerungen des gesamten Polizeieinsatzes. Ausserdem sorgte ein Angriff mit einer unbekanntem Flüssigkeit auf ein Detachement der Polizei für eine zusätzliche Verunsicherung. Schliesslich wurde im Brennpunkt des Geschehens ein grosses polizeiliches Detachement in der Kramgasse von zwei Seiten eingeschlossen und angegriffen. In

dieser Lage entschloss sich die Einsatzleitung, die Raumsicherung beim Bundesplatz zur Unterstützung des eingekesselten Detachements abzuziehen.

Zu Frage 6:

Alle Informationsbeschaffungskanäle wurden wie gewohnt genutzt. Wichtigste Quellen waren die eigenen Erkenntnisse und Ermittlungen sowie die Rückmeldungen aus anderen Polizeikorps und Bundesstellen.

Zu Frage 7:

Zu dieser Frage kann aus polizeitaktischen Gründen und aufgrund laufender Untersuchungen keine Stellung genommen werden.

Zu Frage 8:

Siehe Antworten zu Frage 1 und 5.

Zu Frage 9:

Sämtliche Hinweise des Diensts für Analyse und Prävention wurden in der Planung und Lagebeurteilung gebührend berücksichtigt. Bereits erwähnt wurde die dürftige Nachrichtenlage.

Zu Frage 10:

Der Gemeinderat verurteilt die Gewalt, die sich in Bern am 6. Oktober 2007 manifestierte. Der Gemeinderat liess seine Rolle und den Polizeieinsatz durch einen externen Experten begutachten. Er akzeptiert die Kritik des Experten.

Gemäss Bericht Schorer hat der Gemeinderat seinen Spielraum zu eng ausgelegt. Trotz der Trennung zwischen politischer und polizeilicher Verantwortung gehöre es zur Gesamtverantwortung des Gemeinderats, für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit gegebenenfalls durch Weisungen auf geplante Entscheide der Stadtpolizei Einfluss zu nehmen oder das Geschäft zum Entscheid sogar an sich zu ziehen. Laut Bericht wäre es zudem von Vorteil gewesen, wenn der Gemeinderat öffentlich seine gemeinsame klare Haltung demonstriert und kommuniziert hätte. Der Experte empfahl dem Gemeinderat, die Planungsphase künftig aktiver zu begleiten. Bewilligungen seien vermehrt an Bedingungen und Auflagen zu knüpfen.

Zu Frage 11:

Der Gemeinderat hat aus den Ereignissen vom 6. Oktober 2007 bereits Lehren gezogen. Die infolge des PUK-Berichts aus dem Jahre 2003 eingenommene Zurückhaltung hat der Gemeinderat insofern korrigiert, als dass er bei politisch heiklen Kundgebungen seine strategischen Vorgaben aktiver kommunizieren wird. Ausserdem wird die Bewilligungsbehörde klare Vorgaben und Auflagen für Kundgebungen machen und erteilte Bewilligungen widerrufen, wenn sich Organisierende von Kundgebungen nicht an die Auflagen halten wollen oder nicht bereit sind, sich von Gewalt an Kundgebungen zu distanzieren. Erste Anwendungsfälle im neuen System von Police Bern waren die beiden Kundgebungen vom Januar 2008 im Rahmen des World Economic Forum (WEF). Nach wie vor gilt jedoch die klare Trennung zwischen strategischer und operativer Verantwortung. Deshalb hat die Stadtregierung die Exper-

tise zum 6. Oktober 2007 auch umgehend der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern zugesandt. Ab 1. Januar 2008 ist die Kantonspolizei für die operativen und taktischen Belange zur öffentlichen Sicherheit in der Stadt Bern zuständig.

Bern, 13. Februar 2008

Der Gemeinderat